

Antrag

der Abgeordneten Birgit Homburger, Cornelia Pieper, Ulrike Flach, Christoph Hartmann (Homburg), Rainer Brüderle, Ernst Burgbacher, Helga Daub, Dr. Christian Eberl, Jörg van Essen, Otto Fricke, Horst Friedrich (Bayreuth), Hans-Michael Goldmann, Joachim Günther (Plauen), Dr. Karlheinz Guttmacher, Dr. Christel Happach-Kasan, Klaus Haupt, Dr. Werner Hoyer, Dr. Heinrich L. Kolb, Jürgen Koppelin, Sibylle Laurischk, Harald Leibrecht, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, Markus Löning, Dirk Niebel, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Eberhard Otto (Godern), Gisela Piltz, Dr. Andreas Pinkwart, Dr. Günter Rexrodt, Marita Sehn, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Max Stadler, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Dieter Thomae, Jürgen Türk, Dr. Claudia Winterstein, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

Den Bildungsstandort Deutschland stärken – ausländischen Jugendlichen den Schulbesuch erleichtern

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Deutschland als Bildungsstandort wird von allen im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien für wichtig gehalten. Bürokratische Hemmnisse behindern jedoch in erheblichem Umfang insbesondere den Schulbesuch interessierter ausländischer Jugendlicher auf deutschen Internatsschulen. Während in England ca. 120 000 ausländische Schülerinnen und Schüler insbesondere die privaten Internate besuchen, dabei fast 90 000 Arbeitsplätze sichern und ca. 3 500 Mio. Euro pro Jahr ins Land bringen, gibt es in Deutschland erhebliche Schwierigkeiten mit der Visaerteilung.

Noch gibt es erfreulicherweise Interesse auch an einer Ausbildung in Deutschland. Jugendliche insbesondere aus Osteuropa und einigen asiatischen Staaten haben noch immer die Absicht, hier (und nicht in England, der Schweiz oder Neuseeland – den klassischen Bildungsdienstleistern) ihre Hochschulzugangsberechtigung zu erwerben und ggf. im Anschluss in Deutschland zu studieren. Die Situation ist durch eine seit Herbst 2002 geltende Formulierung in der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift zum Ausländergesetz (AuslG-VwV) erschwert. Nummer 28.5.6.1 AuslG-VwV lautet: „Im allgemeinen können Aufenthaltsbewilligungen zum Schulbesuch nicht erteilt werden“. Zwar ist anschließend aufgeführt, dass unter bestimmten Voraussetzung Ausnahmen in Betracht kommen können. Diese negative Formulierung bewirkt jedoch langwierige und von verschiedenen Ausländerbehörden unterschiedlich gehandhabte Einzelfallprüfungen. Dadurch kommt es nicht nur zu einer Negativwerbung für den Bildungsstandort Deutschland, sondern zu einer „Verschiebung“ der Bildungsinteressen besonders in die schon genannten Anbieterländer. Die unterschiedliche Handhabung im Einzelfall bedingt außerdem eine Wettbewerbsverzerrung bei den privaten Bildungsanbietern.

Aufenthaltsbewilligungen zum Schulbesuch sollten nach Meinung des Deutschen Bundestages analog der Praxis in anderen Ländern immer dann erteilt werden, wenn die Sicherung des Lebensunterhaltes, die Absicherung im Krankheitsfall sowie die Übernahme der Kosten der aufnehmenden Einrichtung garantiert sind. Außerdem sollte die Aufnahmebestätigung einer öffentlichen, staatlich anerkannten oder staatlich genehmigten Schule auch zur Absicherung der Interessenten Voraussetzung sein.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die Bereitschaft von staatlich anerkannten oder genehmigten Schulen, ausländische Schülerinnen und Schüler aufzunehmen, grundsätzlich zu unterstützen, die entsprechenden Verwaltungsvorschriften so zu gestalten, dass beim Vorliegen der finanziellen, versicherungstechnischen und durch die Einrichtung selbst festzustellenden sonstigen Voraussetzungen eine schnelle und unbürokratische Erteilung der Aufenthaltsbewilligungen erfolgt.

Berlin, den 18. Februar 2003

Birgit Homburger	Jürgen Koppelin
Cornelia Pieper	Sibylle Laurischk
Ulrike Flach	Harald Leibrecht
Christoph Hartmann (Homburg)	Sabine Leutheusser-Schnarrenberger
Rainer Brüderle	Markus Löning
Ernst Burgbacher	Dirk Niebel
Helga Daub	Hans-Joachim Otto (Frankfurt)
Dr. Christian Eberl	Eberhard Otto (Godern)
Jörg van Essen	Gisela Piltz
Otto Fricke	Dr. Andreas Pinkwart
Horst Friedrich (Bayreuth)	Dr. Günter Rexrodt
Hans-Michael Goldmann	Marita Sehn
Joachim Günther (Plauen)	Dr. Hermann Otto Solms
Dr. Karlheinz Guttmacher	Dr. Max Stadler
Dr. Christel Happach-Kasan	Carl-Ludwig Thiele
Klaus Haupt	Dr. Dieter Thomae
Dr. Werner Hoyer	Jürgen Türk
Dr. Heinrich L. Kolb	Dr. Claudia Winterstein
Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion	